

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Baden & Comp. Nr. 1252.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenndorf und Dresden-Altkath.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 18.000.— M., durch die Post bezogen monatlich 18.000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 600.— M., Einzelnummer 1000.— M., Sonnabendnummer 1500.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 48-spaltige Hauptzeile 2500.— M., auswärts 3000.— M., die 36-spaltige Reklamzeile 12000.— M., auswärts 14.500.— M., Auslands 10.000 u. 23.000 M. Bei mehrmaliger Aufzählung Ermäßigung, Familienanzug, Straßen- u. Mietzettel 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferungen 1000 M.

Nr. 172

Dresden, Donnerstag den 26. Juli 1923

34. Jahrg.

Nach der Wahl

Wenn auch zur Stunde ein endgültiges Resultat der Metallarbeiterwahlen zum Verbandstag in Kassel nicht vorliegt, gestatten uns doch schon heute die aus dem Reich vorliegenden Wahlergebnisse, besonders die des Rheinlandes und das von Berlin, wo die Richtung Amsterdam nur 2263 Stimmen gegenüber der kommunistischen Liste mit 5413 Stimmen erhielt, allerhand wichtige Schlussfolgerungen. Es wäre töricht, wollten wir uns darüber hinwegsetzen, daß angesichts der entsetzlichen Notlage die Stimmung der Arbeiterklasse der kommunistischen Agitation außerordentlich zugänglich ist. Das trifft besonders auf den vulkanischen Boden der Reichshauptstadt zu, wo sich die Zustände in unserm Wirtschaftsleben katastrophaler bemerkbar machen denn anderswo. Dazu kommt, daß der Wahlkampf von den Kommunisten nicht unter realer Firma, d. h. nicht als A.-B.-D.-Metallarbeiter, geführt wurde. Man suchte „auf höhere Anordnung“ hin vielmehr im trüben zu fischen, indem man den Kampf unter dem lockenden Namen „Opposition“ führte, um so auch alle die um die moskowitzische Fahne zu scharen, die aus irgendeinem Grunde, sei es auch noch so wenig berechtigt, mit der jeweiligen Verwaltungsstelle „abzurechnen“ hatten. In Berlin war außerdem der Metallarbeiterstreik seine Schatten über die Wahl.

Von Beginn der Wahlagitiation an gingen die Kommunisten in den Betrieben überall mit der Behauptung freibien, daß die revisionistische Verbandsbureaucratie den Streik abgewürgt habe. Sie bedienten sich dabei eines Rundschreibens der Unternehmer, das merkwürdigerweise kurz vor der Wahl in der Roten Fahne veröffentlicht wurde. Dieses Rundschreiben verurteilte den großen Erfolg des Metallarbeiterstreiks, soweit er sich auf die wertbeständigen Löhne bezieht, zu verkleinern und anzuzweifeln. Man kann es durchaus begreifen, wenn die Metallindustriellen ihren Rückzug zu beschleunigen suchen, charakteristisch für die Beurteilung der kommunistischen Führung bleibt aber, daß dieses Unternehmerdokument dazu gehalten wurde, in den Kreisen der Metallarbeiter, Verwirrung und Mißstimmung gegen die Streikleitung und die Ortsverwaltung zu erzeugen. Daß den Unternehmern ein solch gespanntes Verhältnis innerhalb des größten deutschen Verbandes erwünscht ist — wer kann es ihnen verdenken?

Zimmerlin lehrt uns die Tatsache, daß weite Kreise der Berliner Metallarbeiter auf die Reimrate frohen, wie sehr es auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Schulung und Bildung noch hapert. Die Opposition hat bei ihrer Propaganda mit der geistlichen und geistigen Verfassung der Mitslieder gerechnet. Ihre Agitation war nichts als ein Sammelheftium der primitivsten demagogischen Klischees und Verleumdungen gegen verantwortliche Leiter der Organisation. Verleumdende wirtschaftliche Mißstände bereiteten den Boden für Bitterkeit jeder Art. Eunos Finanzwirtschaft hat eine solche Entwertung der Mark begünstigt, daß die sich daraus ergebende wahnwitzige Teuerung nicht nur zur wirtschaftlichen, sondern auch zur geistigen Verelendung der Massen führen mußte. Demagogie haben es unter solchen Umständen leicht, unzufriedene Massen, denen die politische und wirtschaftliche Schulung fehlt, gegen die Leitung ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu hegen. Wenn auch eigentlich die Politik des Verbandes für das Urteil bei den Wahlen des Verbandstages ausschlaggebend sein sollte, so hat sich doch gezeigt, daß gerade diesmal von der kommunistischen Agitation die gesamte Reichspolitik in die Wahlagitiation hineingezogen wurde. Daß die Verbandsleitung für die Ergebnisse der hohen Politik mitverantwortlich gemacht wurde, daß sie die Schuld an der Unfähigkeit der Cuno-Regierung trägt, hat uns die Verbotsarbeit der Opposition hinlänglich bewiesen. Wir erinnern dabei nur an die Plakate, die am Wahlsonntag in Dresden vor den Wahllokalen angebracht worden waren.

Eine solche Agitation wird immer dann um so leichter durchzuführen und von Erfolg sein, wenn die betreffende Richtung oder Partei von jeglicher Verantwortung frei ist. Für das Reich, für Preußen, trifft das z. B. für die Kommunisten zu und bei der Beurteilung der Wahlergebnisse darf man gerade diesem Umstande um so mehr Beachtung schenken, als sich die Wahlergebnisse in Sachsen von denen Berlins und denen des Rheinlandes, das zudem gegenwärtig noch unter besonderen Verhältnissen leidet, sehr vorteilhaft abheben. Soweit sich bisher überblicken läßt, dürften in Sachsen in allen Ortsvereinigungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, mit Ausnahme von Orten wie Plauen und Aue, denen infolge ihres geringen Umfangs eine größere Bedeutung nicht zukommt, die Kandidaten der V.-S.-A.-D.-Metallarbeiter über die kommunistischen Oppositionskandidaten gesiegt haben. Und doch wird niemand behaupten wollen, daß der Wahlkampf von der Opposition etwas zu nützlich geführt worden sei. Im Gegenteil, auch hier in Sachsen sind die Anhänger Moskaus mit aller Schärfe und oft auch mit unerhörten Entstellungen gegen die Aufständler Richtung angerannt. Und wenn in einigen Orten auf den ersten Augenblick die Stimmung der Opposition verhältnismäßig hoch erscheint, so ist das, wie gesagt, aus der miserablen wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse zu erklären. Trotzdem vermochte die Opposition nicht die Kräfte aufzubringen, die zu einem Siege notwendig waren. Im Wege stur ihr dabei

die zielbewusste, konsequente Tätigkeit einzelner Verwaltungsstellen.

Für Sachsen ergeben sich aus der Wahl einige besonders zeitgemäße Lehren. Auch bei uns zog die Opposition die Gesamtpolitik in den Strudel ihrer Agitation, aber es scheint uns, daß sie hier in Sachsen doch nicht dieselbe ungeschminte agitatortische Bewegungsfreiheit hatte wie in andern Gebieten des Reiches. Hier in Sachsen nämlich sind die Kommunisten als Regierungspartei mitverantwortlich für die Landespolitik. Man denke sich die Agitation, wenn es anders gelegen hätte! Wer das ermägt, wird verstehen, warum ein Teil der kommunistischen Führer wieder die schöne Freiheit der Verantwortungslosigkeit erlangen möchte. Aber wir nehmen an, daß auch ein Teil der Arbeiter, die der A. B. D. angehören oder A.-B.-D.-Stimmungen zugänglich sind, allmählich begriffen haben, welche notwendige Rolle der Sachsen für die Freiheit und eine sozialistisch gerichtete Politik bedeutet. Aus dieser Situation heraus, die ein realpolitisches Denken begünstigt, ist der — nehmt alles nur in allem — sehr günstige Wahlausfall in Sachsen zu verstehen. Den sächsischen Gewerkschaftsgenossen, die sich für die alt-erprobten Gewerkschaftsgedanken, die sich für eine einige, geschlossene Gewerkschaftsbewegung eingesetzt haben und deren schwere Kämpfe von außen wenig gesehen werden, muß das Genugtuung und Lohn sein.

Dr. Heinze zu Ehrhardts Flucht

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:

Am Dienstag nachmittag äußerte sich der Reichsjustizminister Dr. Heinze Pressevertretern gegenüber über die Vorwürfe, die gelegentlich der Flucht Ehrhardts dem Reichsjustizministerium sowohl wie dem Präsidenten des Staatsgerichtshofes von der Presse und auch von der sächsischen Regierung gemacht worden sind. Die Behandlung des Untersuchungsangeklagten Ehrhardt wurde nach der Strafprozeßordnung zunächst dem Untersuchungsrichter und nach Abschluß der Untersuchung dem Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes, Senatpräsident Dr. Schmidt, obliegen. Ende der sächsischen Gefängnisbeamten sei es gewesen, die Haft Ehrhardts zu übernehmen. Der Reichsjustizminister habe kein Einfluß zu übernehmen. Der Reichsjustizminister bestätigte, daß der Senatpräsident Dr. Schmidt Frau Ehrhardt und Ehrhardts Vater, Karl Ehrhardt, als besondere Vergünstigungen Besuche unter vier Augen, ohne Gegenwart eines Beamten, gestattet habe. Das sei aber das gute Recht des Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes. Die Gefängnisverwaltung müsse trotz solcher Vergünstigungen dafür sorgen, daß diese zu keinen Mißgeschickeln oder zu einer Flucht führten.

Mit andern Worten also: Die Schuld an der Flucht Ehrhardts wird von Reich wegen der Leipziger Gefängnisverwaltung aufgehoben, bei der sich gewiß nicht einwandfreie Vorgänge abge-

spielt haben. Aber die Frage ist doch eben die, wie weit die außer-gewöhnlichen Vergünstigungen Ehrhardt die Vorbereitung und Durchführung seiner Flucht ermöglichten und erleichterten. Dabei spielt es gar keine Rolle, ob nach der Strafprozeßordnung solche Vergünstigungen rechtlich zulässig sind oder nicht. Wer sie einem Mann wie Ehrhardt gewährt, muß auch die Verantwortung für die Folgen übernehmen, die sich ja nur allzu rasch eingestellt haben. Denn schließlich ist Ehrhardt, hinter dem seine einflussreiche und weitverzweigte Organisation C steht, nicht ein beliebiger Untersuchungsgefangener, sondern der schärfste Gegner der heutigen Staatsform, der gewiß, wie werden darauf zurückkommen, sich auch dieses Mal wieder, obwohl er in Leipzig dingfest lag, zu 11 Puffplanen getragen hat. Die sächsische Regierung hat niemals die kleinste Vergünstigung Leuten wie Toller oder Fischerbach gewährt, wenn diese auch angebracht gewesen wäre. Einem Mann wie Ehrhardt gegenüber, dessen Verhaftung nach vielen Wochen gelungen war, mußte größte Vorsicht walten. Das ist nicht geschehen. Herr Dr. Schmidt bewilligte sorglos Vergünstigungen.

Im übrigen wies der Reichsjustizminister für sich und den Reichskanzler jeden Vorwurf der Einmischung in die Untersuchung und den Prozeßgang ab. Weder er noch der Reichskanzler leumten Karl Ehrhardt. Interessant war dabei die Erklärung, daß unter den Eingaben, die von Ehrhardt, seinen Verwandten und Anhängern bei den Reichsstellen eingingen, auch solche waren, die eine Abschließung des Weisheitsprozesses gegen Ehrhardt und die Verweisung Höhenlöse nach Wazern verlangten, also gegen eine Verhandlung vor dem Staatsgerichtshofe waren. Auch sollte es nicht an Korrekturen, den Prozeß jetzt nicht stattfinden zu lassen, ihn immer noch weiter hinauszuschieben. Gestützt auf Erklärungen des Senatpräsidenten Dr. Schmidt und des Untersuchungsrichters Dr. Weg bestritt der Reichsjustizminister jedoch, irgendeine in dem Gang der Untersuchung gegen Ehrhardt eingegriffen zu haben. Mit dem Untersuchungsrichter habe im Reichsjustizministerium in Gegenwart des Oberstaatsanwalts lediglich eine Besprechung darüber stattgefunden, ob Ehrhardt unter das Amnestiegesetz falle. Gestimmt sei jedoch die Auffassung gewesen, daß die Amnestie für Ehrhardt nicht in Frage komme, da er als Führer am Rapp-Buffet zu gelten habe.

Wir können die Ausführungen des Herrn Reichsjustizministers nicht als Antwort auf unsere Frage, die sich mit dem Verhalten des Herrn Reichsjustizministers im Falle Ehrhardt befaßten, betrachten und erwarten von ihm eine präzisere und klarere Darlegung der Vorgänge als die, die er am Mittwoch gegeben hat.

Einberufung des Reichstages

Aus Berlin wird gemeldet: Auf Grund von Vorschlägen, die der Reichstagspräsident mit der Reichsregierung und den Parteiführern gehabt hat, wird der Reichstag im Laufe des Monats August einberufen werden. Der Tag der Einberufung steht noch nicht fest, weil die gesetzgeberischen Maßnahmen, die zum Schutze der Währung geplant sind, das Reichsstatut und den Reichsrat passieren müssen, bevor sie dem Reichstag vorgelegt werden. Mit der Beratung dieser Maßnahmen soll eine politische Aussprache über die ängere und in nere Lage im Reichstag verbunden werden.

Marktverfall und Finanzen

Von Dr. Paul Herz

Die schwankenden Geldverhältnisse machen immer erneute Änderungen der Steuererhebung notwendig. Daß sie bei den Verbrauchern und bei der Einziehung von Verbrauchssteuern nicht schnell und ausreichend genug vorgenommen wurden, ist die Ursache für die gänzliche Entwertung dieser Steuern und für den fürchterlichen Verfall der Reichsfinanzen. Umgekehrt aber wirkt die Geldentwertung bei dem Lohnabzug. Er steigt, wenn die Mark fällt und der Reallohn sinkt. Hier bedarf es also ebenfalls sehr häufiger Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen, um zu verhindern, daß aus dem gesunkenen Reallohn eine stärkere Steuerlast rührt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist in diesem Sinne unablässig tätig gewesen. Als in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres der Dollar von 300 im Juli auf 7000 im Dezember stieg, stieg im gleichen Maße sowohl die Mollate wie die relative Belastung des Lohn-einkommens durch den Steuerabzug. Die steuerfreien Beträge blieben trotz den Vermehrungen der Sozialdemokraten fünf Monate lang unverändert. Selbst bei gering bezahlten Arbeitern, Angestellten und Beamten ergab sich dadurch im Dezember 1922 ein Steuerabzug in Höhe von 9 bis 12 Proz. Mit Recht erzeugte das große Erbitterung. Seit dieser Zeit hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dafür gesorgt, daß die steuerfreien Beträge mit jeder Geldentwertungsperiode heraufgesetzt werden. Solche Änderungen sind erfolgt für Januar, für März, für Juni, für Juli und jetzt für August.

Das positive Ergebnis dieser Arbeit, das nur dem unablässigen Drängen der Sozialdemokratie zu danken ist, besteht in der Tatsache, daß der Lohnabzug, der auf über 9 Proz. angestiegen war, jetzt auf 5 bis 6 Proz. herabgedrückt worden ist.

War im Juli bei einem verheirateten Steuerpflichtigen mit zwei Kindern ein Einkommen bis zu 1420 000 M. steuerfrei, so ist für den Monat August dieser Betrag auf 1680 000 M. festgesetzt worden. Bei einem verheirateten Steuerpflichtigen mit vier Kindern waren im Juli steuerfrei 2 200 000 M., im August werden 8 800 000 M. steuerfrei sein. Das gegenwärtige Einkommen eines mittleren Arbeiters, Angestellten oder Beamten auf den Monat berechnet zwischen vier und fünf Millionen Mark beträgt, so ist ersichtlich, daß

bei langsamem Steigen der Geldentwertung der Lohnabzug im August sehr gering sein würde. Leider ist mit einer solchen Entwicklung kaum zu rechnen. Immerhin im gegenüber dem früheren Zustand noch ein großer Fortschritt zu verzeichnen. Die Berücksichtigung der Geldentwertung bei dem Steuerabzug erfolgte im Vorjahre nachträglich. Das unablässige Drängen der Sozialdemokratie hat erreicht, daß jetzt die Geldentwertung, soweit man sie mit einiger Sicherheit voraussehen kann, voraussehen in berücksichtigt wird.

Wer auch sonst ist die Einwirkung der Sozialdemokratie auf die Steuererhebung unverkennbar. Ohne die Sozialdemokratie und ohne ihren unablässigen Kampf gegen das Steuerrecht und gegen die Gefahren zerrütteter Finanzen wären die Zustände auf diesem Gebiete zweifellos noch trostloser, als sie gegenwärtig sind. Es ist eine ebenso bedauerliche wie feststehende Tatsache, daß in allen bürgerlichen Parteien und bei allen bürgerlichen Staatsmännern das finanzielle Verantwortungsbewußt gegenüber dem Staat entweder völlig fehlt oder außerordentlich gering ist. Die Rotenpresse als bequemster Art der Steuererhebung ist in diesen Kreisen so beliebt, wie in den Massen der Bevölkerung verhaßt und gefährdet. Daß sich jetzt langsam ein Umchwung vollzieht und die Stimmen aus dem bürgerlichen Lager immer zahlreicher werden, die in der Wilhelm-Strasse die größte Gefahr für den Ruhrkampf sehen, ist vor allem auf den Kampf der Sozialdemokratie zurückzuführen. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Wirtschaft- und Finanzgesetzgebung Deutschlands die Beobachtung, daß in allen Fällen sozialdemokratische Vorschläge zuerst heftig bekämpft, dann allmählich schlicht beurteilt, schließlich aber doch, wenn auch unzulänglich, stützt und verfochtet, durchgeführt werden. Die Ersaffung der Sachwerte, deren Richtigkeit und Notwendigkeit jetzt selbst Streikmann anerkennen muß, das Prinzip wertbeständiger Steuern und wertbeständiger Anleihen, die jetzt ja auch kommen werden, sind einige Beispiele dafür.

Aber auch die bisherige Steuererhebung zeigt Spuren des sozialdemokratischen Einflusses. Welch ungeheurer Beitrag ist mit der ersten Zwangsanleihe verbucht worden. Eine Milliarde Gold sollte sie bringen und gebracht hat sie einige Duzend Millionen. Bei dem Brotverjaugungsgelei, für das die Zwangsanleihe wiederholt worden ist, dat